

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die gute Wirtschaftslage und Beschäftigungssituation in Deutschland halten weiter an, obwohl der Optimismus in Bezug auf die Aussichten in der Wirtschaft zurück geht. Die politische Lage ist nicht einfacher geworden. Laut DIW Konjunkturbarometer entwickelt sich die deutsche Wirtschaft aber nach wie vor solide. Die Auftragsbestände, auch die aus dem Ausland, liegen auf Rekordniveau und für das erste Quartal wird ein deutliches Wachstum erwartet. Die Beschäftigtenzahlen werden weiter aufgebaut und für die privaten Haushalte wird ein Einkommensschub prognostiziert. Auch in Kriftel gibt es derzeit keinen Grund zur Klage. 4,1 Millionen Kassenkredite hat die Hessenkasse der Gemeinde abgenommen; die andere Hälfte muss die Gemeinde jährlich abtragen. Zudem muss sie über Erträge die Tilgungen der Investitionskredite erwirtschaften. Dies hat einen nicht unerheblichen Einfluss auf unsere Haushaltsarithmetik, was sich in dem zur Abstimmung stehenden Entwurf zeigt.

Der Haushalt für das Jahr 2019 weist einen Überschuss von 1,2 Mio Euro aus. Die Erhöhung der Grundsteuer B auf 550 % macht mit 500 TEuro nur einen Teil des Überschusses aus. Es ist uns daher zunächst schwergefallen zu verstehen, warum sie erhöht werden muss. Begründet ist das mit den bereits erwähnten neuen haushaltspolitischen Vorgaben. Ein Teil der Schulden muss jährlich abgetragen, die Tilgung der Kredite muss erwirtschaftet und für Investitionen müssen zukünftig Rücklagen gebildet werden, damit die Vorgaben eingehalten werden können. Eine neuerliche Verschuldung mit Kassenkrediten ist nicht zulässig. Wir haben auch in Zukunft einige wichtige Investitionen vor uns, für die wir vorsorgen müssen, damit unser Haushalt genehmigungsfähig bleibt.

Vor diesem Hintergrund tragen wir GRÜNE auch die Entscheidung mit, dass die Straßenbeitragsatzung in Kraft bleibt. Die Einnahmen aus den Straßenbeiträgen der Anlieger der Friedrich-Ebert-Straße waren im Haushalt 2018 enthalten und können nicht kompensiert werden. Die Beiträge müssen daher wie geplant erhoben werden. Ohne Kompensation aus Landesmitteln, wird es derzeit nicht möglich sein, die Satzung abzuschaffen. Und einen noch höheren Hebesatz für die Grundsteuer B wird sicher niemand wollen. Die Entwicklung wird beobachtet; weitere Sanierungen von Straßen sind derzeit nicht geplant.

Aufgrund unserer Investitionsvorhaben werden neue Kredite in Höhe von 1,6 Mio notwendig. Diese Investitionen halten wir für den Erhalt und die Modernisierung der Infrastruktur für unerlässlich.

In diesem Haushaltsjahr soll auch das Gemeindeentwicklungskonzept aktualisiert und fortgeschrieben werden. Für den Planungsprozess sind 50.000 Euro veranschlagt. Ebenso wie die anderen Fraktionen wünschen wir uns hier einen moderierten Prozess mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wenn das Gebiet Krifteler Wäldchen wie geplant entwickelt werden kann, wird die Gemeinde weiter wachsen. Wir GRÜNE waren ursprünglich gegen diesen Wachstumskurs, da er erhebliche Auswirkungen auf die Infrastruktur hat und unsere Gemeinde bereits sehr dicht bebaut ist. Weitere Versiegelung von Ackerflächen, Straßenbau, steigendes Verkehrsaufkommen, Erweiterung von Kindergärten und Schule sind die Folgen. Wir hatten uns dann doch zur Unterstützung durchgerungen, weil hier preiswerter Wohnraum entstehen könnte, da aufgrund der Lärm-Immissionswerte das Gebiet nicht zu den hochwertigen Wohnbauflächen gerechnet werden kann.

[2]

Jetzt wird aus unserer Sicht hier viel zu wenig bezahlbarer Wohnraum geplant. Deshalb haben wir die Vorlage zum Investorenauswahlverfahren abgelehnt, die nur 10 Prozent mietsprengedämpfter Wohnungsbau vorsieht mit einer relativ kurzen Bindung von 10 Jahren. Unser Antrag für eine Erhöhung auf 15 Prozent mit 15 Jahren Bindung wurde leider abgelehnt.

Eine Hürde zur Realisierung muss allerdings noch genommen werden. Die Gemeinde muss die Grundstücke in ihren Besitz bringen. Nach einem holprigen Start, der viele Grundstückseigentümer verärgert hat, ist die Gemeinde nun in einen regen Dialog eingetreten und ist den Grundstückseigentümern bereits weit entgegengekommen. Aus Ackerland in einem „verlärmten Gebiet“ (Zitat Planungsbüro Speer) soll Bauland werden. Trotzdem soll hier eine Gebietsentwicklung stattfinden, die einer modernen Gemeinde mit guten Infrastrukturbedingungen gerecht wird.

Einige Grundstückseigentümer aus dem Gebiet „Krifteler Wäldchen“ haben die Fraktionen angeschrieben und stellen aus unserer Sicht absurde Forderungen, wie z. B.

- den Radweg der Regionalparkroute aus der Planung zu nehmen,
- kein öffentliches Grün nur private Grünflächen vorzusehen,
- keine Park- & Ride-Flächen zu planen,
- den Bahnhofsvorplatz möglichst klein zu halten,
- ebenso wie die Kindertagesstätte, die ausschließlich auf dieses Gebiet dimensioniert werden soll.

Ich frage Sie, wer hat denn bei der Ortsentwicklung den Hut auf? Die Grundstückseigentümer, denen wir mit der Entwicklung dieser Flächen den heutigen Grundstückswert vervielfachen? ... oder die Gemeinde, die eine moderne städtebauliche Entwicklung zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger zum Ziel hat?

Sicherlich müssen hier Kompromisse geschlossen werden, aber diese Forderungen gehen zu weit und haben einzig zum Ziel, den Grundstückspreis zu steigern. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum findet große Zustimmung in der Bevölkerung. Wir fragen uns, wie das in Anbetracht solcher Forderungen gelingen soll. Wie bereits ausgeführt, ist der bezahlbare Wohnraum im Gebiet Krifteler Wäldchen bereits in einem Umfang geschrumpft, dass wir GRÜNE dieser Bauplanung so nicht mehr zustimmen können. Wenn die Eigentümer dieser Grundstücke meinen, diese auch in Zukunft lieber als Ackerfläche erhalten zu wollen, dann sind sie auf dem besten Weg. Die Gemeinde sollte sich die Planung in keinem Fall diktieren lassen. Aus unserer Sicht ist jede einzelne dieser Forderungen absolut indiskutabel.

Ungewöhnlich viele Anträge der Fraktionen wurden in diesem Jahr eingereicht, die in den Ausschüssen ausführlich beraten wurden. Wir haben uns gefreut, dass unsere Anträge auf

- Überarbeitung der Entwässerungs- und Stellplatzsatzung angenommen wurden und weiter bearbeitet werden.
- Die Abwägung Sanierung oder Neubau Rat- und Bürgerhaus bleibt im Ausschuss und wird wieder aufgerufen, wenn das Ergebnis der Kalkulation des Planungsbüros vorliegt, das bereits in Auftrag gegeben wurde.
- Den Antrag zur Verbesserung der Online-Plattform für Anregungen und Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger haben wir zurückgezogen, nachdem berichtet wurde, dass Kriftel sich an dem Projekt des Landes Hessen „Sag’s einfach!“ beteiligen wird.

Unser Prüfantrag zur Schulkinderbetreuung aus dem letzten Jahr ist noch im Geschäftsgang und wird diskutiert, wenn der Erweiterungsbau der Lindenschule fertiggestellt ist. Das Gebäude, in dem der Hort untergebracht war, wurde bereits an den Kreis abgegeben. Einen Zwi-

[3]

schenbericht zur Schulkinderbetreuung erhielten wir mit der Vorlage 2019-001 zu dieser Sitzungsrunde.

Wir bedauern sehr, dass der Antrag der SPD zur Beteiligung von Kriftel als Fairtrade-Kommune erneut abgelehnt wurde, obwohl der Main-Taunus-Kreis jetzt Fair-Trade-Kreis ist und dabei die Kommunen doch mitziehen sollten. Hier geht es um Bewusstseinsbildung und es hätte Kriftel, das doch so für sein Engagement gelobt wird, gut zu Gesicht gestanden. Schade, dass noch nicht einmal ein Versuch unternommen werden soll!

Die Anträge von CDU und FDP haben wir befürwortet soweit sie nicht als erledigt erklärt wurden. Einigen SPD-Anträgen konnten wir nicht zustimmen. Leider konnte sich die SPD nicht dazu durchringen, diese nach Erklärungen der Verwaltung zurückzuziehen bzw. abzuändern. Besonders unverständlich war der Antrag zum ROWG-Gelände, in dem die SPD den Erhalt des alten Gebäudes gefordert hat, wo der jetzige Grundstückseigentümer dort dringend benötigte Wohnungen bauen möchte. Unabhängig davon ist es eine Überlegung wert, wie an dieser Stelle der Genossenschaft ein „Denkmal“ gesetzt werden kann. In dieser Weise abgeändert, hätten wir diesem Antrag zustimmen können.

Die GRÜNE Fraktion wird diesem Haushalt in allen seinen Teilen zustimmen. Unsere wichtigsten Gründe hierfür sind:

- Die Investitionen in Ausbau und Erhalt der Infrastruktur werden fortgesetzt, wie zum Beispiel: Kita-Programm, Modernisierung
- Maßnahmen zur Barrierefreiheit werden fortgeführt: Bushaltestellen, Toilette Bahnhof
- Preisgünstiger Wohnungsbau wird von der Gewobau realisiert und von der Gemeinde finanziell abgesichert.
- Die Ortsentwicklung wird mit Bürgerbeteiligung fortgeschrieben.

All diese Maßnahmen sichern bzw. erhöhen die Attraktivität unserer Gemeinde, sichern die Wiederverkäuflichkeit von Immobilien, steigern den Wert und bieten den Einwohnern attraktiven Wohnort.

Unsere Gebühren für Müll, Wasser, Abwasser bleiben stabil, was auch ein Wert an sich ist, der hier gewürdigt werden soll.

Den Solidaritätsbeitrag von Kriftel für den Kommunalen Finanzausgleich halten wir für gerechtfertigt. Solidarität ist ein hohes Gut, das insbesondere von Akteuren gezeigt werden muss, denen es besser geht als anderen. Wir unterstützen daher dieses Instrument der hessischen Landesregierung. Der Staatsgerichtshof hat die Klage der 18 Kommunen als unzulässig zurückgewiesen. Wir freuen uns, dass wir den SPD Antrag seinerzeit abgelehnt und uns nicht an der Klage beteiligt haben. Das hat uns Geld gespart, das wir für sinnvollere Dinge einsetzen können. Dass unsere Einstufung als Unterzentrum im Rahmen des Finanzausgleichs nicht korrekt ist, ist ein anderer Punkt und darf damit nicht vermischt werden. Hier müssen wir uns um eine andere Einstufung bemühen.

Wie ich bereits erwähnt habe, werden wir GRÜNE dem Haushalt zustimmen.

Wir danken der Verwaltung für die transparente Aufbereitung dieses Haushalts, die Erläuterungen dazu und die Beantwortung unserer Rückfragen. Wir danken auch den Gemeindevertreterinnen und –vertretern der anderen Fraktionen für die wertschätzende Beratung unserer Anträge.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!